

Gunter Schubert **Wie
demokratiefähig
ist der Islam?**

Nach den Terroranschlägen vom 11. September ist die Frage nach der Demokratiefähigkeit des Islam neu gestellt worden. Zwar warnten viele Stimmen vor einer Gleichsetzung von Islam und islamischem Fundamentalismus, aber die postulierte Aufhebung der Trennung von Staat und Religion scheint den Fundamentalismus vorzuprogrammieren. Dass Islam und Demokratie sich nicht gegenseitig ausschließen, verdeutlicht weniger ein philosophiegeschichtlicher Blick auf den „rationalen Traditionsbestand“ der islamischen Lehre; wichtiger ist eine Auseinandersetzung mit der politischen Geschichte der islamischen Welt und mit ihrem Kampf gegen den westlichen Kolonialismus, um die Probleme der Demokratie in den betreffenden Staaten angemessen zu verstehen.

■ I.

Seit den Terroranschlägen des 11. September ist der Islam vielerorts wieder heftig ins Gerede gekommen. Dort konnte man vom aufziehenden „Kampf der Kulturen“ hören, von einer gefährlichen, vielleicht unvermeidlichen Auseinandersetzung zwischen dem Westen und der islamischen Welt. Dies alles ist nicht neu. Das „Feindbild Islam“ entstand lange vor den Attentaten in New York und Washington. Es begegnet uns spätestens seit der iranischen Revolution von 1979 mit der Errichtung eines modernen Gottesstaates, dessen Repräsentanten in der Folgezeit den „ungläubigen“ Westen verunglimpften und die USA gar als Teufel diffamierten. Das „Feindbild Islam“ wurde weiter genährt durch verheerende Bombenattentate von Geheimdienstagenten aus islamischen Staaten – man erinnere sich an den Berliner Anschlag auf die Diskothek La Belle oder den PANAM-Absturz über Lockerbie in den achtziger Jahren, für die nachweislich Libyen verantwortlich zeichnete. Die negative Wahrnehmung des Islam geht heute weiterhin auf die aus westlicher Sicht menschenverachtende Ideologie und Politik fundamentalistischer Gruppen oder Regime zurück, so in Algerien, im Sudan oder – bis vor kurzem – in Afghanistan. Letztlich wird das „Feindbild Islam“ getragen von Thesen wie denen des US-amerikanischen Politologen Samuel Huntington. Dieser sagte Anfang der neunziger Jahre eine islamisch-konfuzianische Allianz gegen den Westen und einen „Zusammenprall der Zivilisationen“ voraus,

der uns im Zuge der Formierung einer neuen Weltordnung nach dem Ende des Kalten Kriegs angeblich drohte. Ist Huntington am 11. September, so fragt man nun mit Blick auf den Islam, endgültig bestätigt worden?

Sicherlich wurde seit dem 11. September ebenso oft betont, dass der Islam nicht mit Fundamentalismus und schon gar nicht mit Terror gleichzusetzen sei. Dies leuchtet durchaus ein, ist doch unstrittig und empirisch erwiesen, dass jede Religion politisch-ideologisch missbraucht werden kann – auch unsere abendländisch-christliche, wie uns nicht zuletzt die Geschichte der Kreuzzüge lehrt. Dennoch scheint dem Islam in der breiten Öffentlichkeit eine besondere Skepsis entgegengebracht zu werden. Es ist nur schwer nachvollziehbar, wie sich gläubige Muslime durch islamische Prediger zum Djihaad, zum „Heiligen Krieg“, gegen den Westen aufstacheln lassen und wie sie bereitwillig und glücklich in den Märtyrertod zu gehen scheinen. Allzu oft irritierend wirkt die tiefe Religiosität von Muslimen, die im christlichen Deutschland – so der Eindruck vieler – nur in den Reihen evangelikaler Gruppen und damit am Rande des religiösen Spektrums anzutreffen ist.

Besonders mißtrauisch begegnet man dem Islam jedoch wegen der in ihm angeblich gänzlich aufgehobenen Trennung von religiöser und weltlicher Sphäre. Denn wenn es keine Grenze zwischen Religion und Politik gibt, wenn also die Religion Anspruch auf umfassende politische Autorität erhebt, dann ist der totalitären Herrschaft Tür und Tor geöffnet. Der islamische Fundamentalismus mit seinem politischen Allmachtanspruch ist dann gar keine religiöse oder ideologische Verengung der eigentlichen Lehre des Islam, sondern bereits in dieser angelegt, wenn nicht gar ihre logische Konsequenz. Islamische Gesellschaften, so wird gefolgert, sind deshalb prinzipiell undemokratisch. Denn nicht der *demos*, das Volk, ist in einer solchen Gesellschaft Herr über seine Geschicke, sondern Gott bzw. seine Interpreten, die Imane und Mullahs. Echte Demokratie ist unmöglich, wenn das Buch Gottes, der Koran, die Quelle aller Autorität weltlicher Macht ist und das Volk nur noch zu gehorchen hat, aber nicht mehr bestimmen kann.

So steht die These von einer *grundsätzlichen* Unvereinbarkeit des Islam, nicht nur des islamischen

■ Echte Demokratie ist unmöglich, wenn das Buch Gottes, der Koran, die Quelle aller Autorität weltlicher Macht ist und das Volk nur noch zu gehorchen hat, aber nicht mehr bestimmen kann.

■ **Prominente Stimmen konstatieren, dass der Islam mit seiner nicht gezogenen Linie zwischen weltlicher und geistlicher Herrschaft, seiner Fixierung auf Gott als die Quelle aller Wahrheit und politischen Autorität und seiner damit verbundenen Anfälligkeit für autoritäre oder theokratische Herrschaftsordnungen zu inneren Reformen finden müsse, um endlich Anschluss an die zivilisierte Welt finden und dem islamischen Fundamentalismus das Wasser abgraben zu können.**

Fundamentalismus, mit der Demokratie im Raum – gestützt durch die historische Erfahrung, dass nahezu jedes demokratische Experiment in der islamischen Welt gescheitert ist. Von dort ist es nicht mehr weit zu der Auffassung, nicht nur der islamische Fundamentalismus, sondern der Islam per se bilde geradezu ein Gegenstück zur *Moderne*, weshalb er einige seiner zentralen Postulate nach dem Vorbild der westlichen Aufklärung revidieren müsse, um endlich in dieser Moderne anzukommen. Manche prominente Stimmen wie etwa die des aus Syrien stammenden Politologen Bassam Tibi argumentieren genau in diese Richtung. Sie plädieren nicht allein für eine kompromisslose Bekämpfung des islamischen Fundamentalismus, der zweifellos anti-demokratisch und anti-westlich ist. Vielmehr konstatieren sie, dass der *Islam* mit seiner nicht gezogenen Linie zwischen weltlicher und geistlicher Herrschaft, seiner Fixierung auf Gott als die Quelle aller Wahrheit und politischen Autorität und seiner damit verbundenen Anfälligkeit für autoritäre oder theokratische Herrschaftsordnungen zu inneren Reformen finden müsse, um endlich Anschluss an die zivilisierte Welt finden und dem islamischen Fundamentalismus das Wasser abgraben zu können. Um einen „Kampf der Kulturen“ zu verhindern, müsse der Islam sowohl seine eigene „kritische Tradition“ stark machen als auch von der westlichen Geschichte, von den westlichen Ideen und Werten lernen.

Inwiefern ist diese Sicht auf den zeitgenössischen Islam zutreffend? Stimmt es, dass es erheblicher Reformanstrengungen innerhalb des Islam bedarf, um anschlussfähig zu werden für die Demokratie bzw. die (westliche) Moderne? Dabei ist zu bedenken, dass es gerade diese westliche Moderne ist, gegen die sich der islamische Fundamentalismus auflehnt, weil er den Islam von ihr verraten fühlt. Führen dann nicht Forderungen, den Islam nach westlichen Maßstäben zu reformieren, unmittelbar in die weitere religiöse Radikalisierung? Um die gestellten Fragen zu beantworten, empfiehlt sich ein Blick in die Geschichte und Gegenwart politischer Praxis in der islamischen Welt. Er kann am besten erklären, warum der islamische Fundamentalismus bzw. jenes „islamische Erwachen“, von dem tatsächlich schon seit Anfang des 20. Jahrhunderts die Rede ist, stark wurde und inwie-

fern er tatsächlich als logische Konsequenz der im Islam vermeintlich aufgehobenen Trennung von Religion und Politik zu verstehen ist.

Dabei wird deutlich werden, dass dieses „islamische Erwachen“ vor allem als Folge des Scheiterns von politischen Eliten in der islamischen Welt begriffen werden muss, den westlichen Kolonialismus zu überwinden, stabile Nationalstaaten aufzubauen und entschlossen einen demokratischen Weg zu gehen. Nicht immer führte die Besinnung auf den Islam als Quelle für eine neue politische und kulturelle Identität dieser Staaten zu Extremismus und Fundamentalismus. Dies war vielmehr eine Folge der Repression, mit der die nachkolonialen Regime auf ihre religiös motivierte Opposition reagierten – ein Tatbestand, der bis heute das Verhältnis von staatlicher Herrschaft und Islamismus (ein anderer Begriff für islamischer Fundamentalismus) prägt.

Nur am Rande wird in den folgenden Ausführungen thematisiert, dass der Islamismus eine religiöse Wahrheit für sich beansprucht, die ihm von seiten zahlreicher *inner*islamischer Kritiker heftig bestritten wird. Bei dieser Auseinandersetzung hat sich gezeigt, dass die fehlende Trennung zwischen Religion und Politik im Islam mitnichten schon auf der theoretischen Ebene den Gedanken der politischen Demokratie verunmöglicht. Vielmehr konstatieren die Kritiker des Islamismus eine grundsätzliche Vereinbarkeit von Islam und Demokratie und ziehen dafür dieselben Quellen heran wie die Fundamentalisten: Den Koran, das islamische Recht (*Scharia*), die islamische Rechtswissenschaft und den *hadith*, also die normativen Überlieferungen über die „vorbildliche Praxis“ (*sunna*) des Propheten.

Die praktischen Misserfolge der Demokratie in der islamischen Welt, so wird sich zeigen, sind fast immer in den Kontext politischer und sozialer Rahmenbedingungen zu stellen, die mit dem Islam als Religion gar nichts zu tun haben. Es ist die lange Geschichte dieser Misserfolge, die es neben anderen Faktoren wie Unterentwicklung und neokoloniale Interessenpolitik den Islamisten heute so leicht macht, die Religion politisch zu ideologisieren. Zum Glück gibt es einige Beispiele, in der die Koexistenz von Islam und Demokratie – bei allen noch zu machenden Einschränkungen – leidlich gut funktioniert und der Funda-

■ Die praktischen Misserfolge der Demokratie in der islamischen Welt sind fast immer in den Kontext politischer und sozialer Rahmenbedingungen zu stellen, die mit dem Islam als Religion gar nichts zu tun haben. Es ist die lange Geschichte dieser Misserfolge, die es neben anderen Faktoren wie Unterentwicklung und neokoloniale Interessenpolitik den Islamisten heute so leicht macht, die Religion politisch zu ideologisieren.

mentalismus im Zaume gehalten wird. Die Gründe für die relativen Erfolge dieser Experimente sagen etwas aus über die notwendigen Voraussetzungen für Demokratie überall – nicht nur in der islamischen Welt.

■ II.

Aus der Perspektive des Westens trat der Islam in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts als politischer Faktor verstärkt hervor. Die Vertreibung des Schahs aus dem Iran und die Machtübernahme der schiitischen Mullahs unter Führung des Ajatollah Khomeini löste eine neue Islamisierungswelle im gesamten Mittleren Osten aus, die im Westen in der Folgezeit mit großer Sorge beobachtet wurde. Tatsächlich war mit der iranischen Revolution jedoch der Höhepunkt einer Entwicklung erreicht, die viel früher einsetzte, nämlich nach dem Ende des 2. Weltkriegs bzw. – bei noch genauerem Hinsehen – bereits im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts.

■ **Tatsächlich war mit der iranischen Revolution der Höhepunkt einer Entwicklung erreicht, die viel früher einsetzte, nämlich nach dem Ende des 2. Weltkriegs bzw. bereits im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts.**

So gründete der ägyptische Dorfschullehrer Scheich Hassan al-Banna (1906-1949) 1928 eine Organisation, die als Keimzelle aller islamistischen Bewegungen und Parteien bezeichnet werden kann und bis heute existiert: die Muslimbrüderschaft. Sie war die Antwort auf eine Situation nicht nur in Ägypten, in der das Volk tief von seinen Führern – prowestlichen Statthaltern der Kolonialmächte oder dem westlichen Säkularismus unkritisch nacheifernden Staatsführern – entfremdet war und nach einer ordnungspolitischen Alternative suchte. Es ging dabei auch um die Erzeugung eines neuen Selbstbewusstseins, eines Gefühls kultureller Identität und Authentizität. Die Muslimbrüderschaft versprach eine solche politische und kulturelle Alternative. Sie entwarf die Vision einer eigenen islamischen Moderne, die den Kolonialismus und die von ihm ausgehende kulturelle Entwurzelung der Menschen in ihrem „Haus des Islam“ endgültig überwinden würde.

Das Programm dieser Gegenmoderne war antiwestlich, obwohl es sich nur vermittelt gegen den Westen selbst richtete. Hauptgegner war die politische Klasse zu Hause. Es ging um die organische Integration von Religion, Staat und Gesellschaft in ein neues „islamisches System“, das sich gegen das „westliche System“ bzw. den säkularen Autoritarismus im

eigenen Land behaupten konnte und endlich Schluss mit Ausbeutung und Unterdrückung machen würde. Stützen sollte sich dieses „islamische System“ auf die absolute Wahrheit der islamischen Lehre, die sich direkt aus dem Koran und der *Sunna* sowie – auf der Ebene praktischer Politik und Rechtsanwendung – aus der *Scharia* ergab. Das Postulat der Islamisten, zum Ursprung bzw. zum „wahren Islam“ zurückzukehren, klingt heute wie eine historische und zivilisatorische Regression, wie Fortschrittsverweigerung zugunsten eines längst überholten Traditionalismus. Tatsächlich handelt es sich aber um ein eminent modernes Phänomen, denn der Islamismus ist seit seinen Anfängen eine Erneuerungsbewegung, die auf die Herausforderungen der Moderne mit einem eigenen, praktischen Konzept gesellschaftlichen Fortschritts reagiert. Insofern ist es ein folgenschweres Missverständnis, den islamischen Fundamentalismus als ein „Zurück zur Steinzeit“ zu bezeichnen.

Hassan al-Banna, jener erwähnte Gründer der ägyptischen Muslimbrüderschaft, verfasste 1936 einen Reformtraktat für den ägyptischen König, in dem die wesentlichen Forderungen des Islamismus bis heute formuliert sind. Dort wird u.a. ein Ende jeden Parteienwesens gefordert und eine Übereinstimmung des weltlichen Rechts mit dem islamischen Recht; eine Übereinstimmung allen Regierungshandelns mit den Lehren des Islam; eine spezielle Erziehung für Mädchen, die sich von denen der Jungen unterscheidet; besonderes Augenmerk auf ein züchtiges Verhalten der Frauen, insbesondere von Lehrerinnen, Ärztinnen, Schülerinnen und Studentinnen; Bekämpfung aller schädlichen Volkssitten, vor allem Glücksspiel und Prostitution, Tanzveranstaltungen, Film- und Theatervorführungen etc.; Abführung einer Sozialsteuer (*zakat*) und ihre Verwendung für die öffentliche Wohlfahrt, z.B. für den Bau von Heimen für Bedürftige und Waisen; Verbot des Zinswuchers (*riba*); Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Bauern; gerechte Verteilung der Arbeit unter den Beamten etc. An diesen Forderungen wird deutlich, dass der Islamismus programmatisch an einem religiösetugendhaften Leben jedes Einzelnen ebenso interessiert ist wie an besseren Lebensbedingungen für die Unterprivilegierten und an einer sozial weitgehend egalitären Gesellschaft. Leicht wird man hier an so-

■ **Der Islamismus ist seit seinen Anfängen eine Erneuerungsbewegung, die auf die Herausforderungen der Moderne mit einem eigenen, praktischen Konzept gesellschaftlichen Fortschritts reagiert. Insofern ist es ein folgenschweres Missverständnis, den islamischen Fundamentalismus als ein „Zurück zur Steinzeit“ zu bezeichnen.**

zialistisches Gedankengut erinnert, auch wenn dem Sozialismus die Religion fremd ist.

Zunächst zurückgedrängt wurde der Islamismus in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. An dessen Ende stand der größte Teil der islamischen Welt – von Marokko bis Indonesien – noch immer unter kolonialer Verwaltung bzw. ausländischer Besatzung. In den folgenden drei Jahrzehnten kam es zwar zur Dekolonisierung im Zeichen des Nationalismus (bzw. arabischen Sozialismus im Mittleren Osten), einer aus dem Westen importierten Idee, mit der die politischen Eliten der islamischen Staaten sich auf den Weg der nationalen Unabhängigkeit und einer umfassenden Modernisierung ihrer Gesellschaftssysteme machten. Allerdings führte die Unabhängigwerdung direkt in das System der Ost-West-Konfrontation hinein; die neuen Staaten mussten sich entscheiden, auf welcher Seite sie standen und bezahlten diese Entscheidung gleich wieder mit einem Verlust ihrer außenpolitischen Autonomie. Innenpolitisches Versagen der neuen Führungseliten kam hinzu, um das Modernisierungsmodell des Nationalismus bzw. arabischen Sozialismus scheitern zu lassen und die seit der kolonialen Zeit bestehende Kluft zwischen Herrschern und Beherrschten weiter zu vertiefen.

■ **Die traumatische arabische Niederlage im Sechstagekrieg gegen Israel 1967 brachte den islamischen Fundamentalismus erneut ins Spiel, jetzt aber in einer spürbar radikaleren Variante als zu Zeiten der Gründung der ägyptischen Muslimbrüderschaft.**

Sichtbares Symbol dieses Scheiterns war die traumatische arabische Niederlage im Sechstagekrieg gegen Israel 1967. Sie brachte den islamischen Fundamentalismus erneut ins Spiel, jetzt aber in einer spürbar radikaleren Variante als zu Zeiten der Gründung der ägyptischen Muslimbrüderschaft. Von nun an ging es den Islamisten nicht mehr primär um praktische Reformkonzepte zur Errichtung eines „islamischen Systems“, sondern zuvorderst um einen radikalen Angriff auf alle Veränderungen, denen die muslimische Welt seit dem Beginn ihrer Kolonisierung durch den Westen Mitte des 19. Jahrhunderts ausgesetzt war. Diese Veränderungen wurden fortan als schlecht und böse betrachtet, als existenzbedrohend für den Islam und alle gläubigen Muslime. Es musste ein *Djihad*, ein „Heiliger Krieg“, geführt werden, der vor allem jene „Abtrünnige“ im eigenen Lager ins Fadenkreuz nahm, die als Handlanger der „Ungläubigen“ auftraten und sich dabei scheinheilig Reformer nannten.

Eines der prominentesten Opfer dieses radikalisierten Islamismus war Anwar as-Sadat, jener ägyptische Präsident, der es wagte, mit Israel einen arabischen Separatfrieden zu schließen und der dafür zwei Jahre später von einem Mitglied der ägyptischen *Dschihad*-Gruppe erschossen wurde. Dies war einer von maximal fünf grossen politischen Erfolgen des modernen Islamismus in seinem Kampf gegen die pro-westlichen, autoritären Regime in der islamischen Welt. Der zweite war der Sturz des Schah im Iran, der dritte der Wahlsieg der Islamistischen Heilsfront in Algerien 1992 (der allerdings vom herrschenden Regime nicht anerkannt wurde). Zuletzt sind die Machtübernahmen islamischer Fundamentalisten im Sudan und in Afghanistan in den späten achtziger und Mitte der neunziger Jahren zu nennen, wobei die Herrschaft der afghanischen Taliban bereits wieder der Vergangenheit angehört.

Dies zeigt, dass sich der Fundamentalismus in der islamischen Welt bis heute nicht zur stärksten politischen Kraft aufschwingen konnte und im Wesentlichen eine oppositionelle Bewegung geblieben ist. Zwar übt er in vielen Staaten der Region – etwa in der Türkei, in Ägypten, Algerien, Tunesien oder Pakistan – teilweise großen Druck auf die dortigen Regime aus und zwingt sie, ihm einen relativ großen politischen und sozialen Bewegungsspielraum einzuräumen. Dort erweist sich der Islamismus als wichtiger unabhängiger Faktor der Innenpolitik. In anderen Staaten – etwa in Syrien, Libyen, Saudi-Arabien, Tadschikistan oder Usbekistan – wird er jedoch entweder massiv bekämpft oder aber kooptiert, ist also in eine Koalition mit dem herrschenden Regime eingebunden. Der Islamismus ist also seit seinen Anfängen in erster Linie eine Herausforderung für den säkularen Autoritarismus und Laizismus in der islamischen Welt, der den Niedergang des arabischen Nationalismus (Panarabismus) ebenso überlebt hat wie das Ende des Kalten Kriegs. Er ist deshalb so wirkungsmächtig, weil er wie zu seinen Anfängen vielen Menschen die Hoffnung gibt, sich aus ihrer sozialen Marginalisierung und politischen Entrechtung zu befreien, die das Ende der westlichen Kolonialherrschaft überdauerten. Er ist also eine soziale und politische Bewegung, deren wichtigste Mobilisierungsressource freilich ein ideologierter Islam ist. Dieser befriedigt zudem das

■ **Der Islamismus ist seit seinen Anfängen in erster Linie eine Herausforderung für den säkularen Autoritarismus und Laizismus in der islamischen Welt, der den Niedergang des arabischen Nationalismus (Panarabismus) ebenso überlebt hat wie das Ende des Kalten Kriegs.**

Bedürfnis vieler Muslime nach kultureller Identität, weil die islamische Religion allein nicht auf westliche Einflussnahme zurückzuführen ist und sie dort, wo zum Kampf gegen die „Ungläubigen“, also zum Heiligen Krieg, aufgerufen wird, sogar direkten Zutritt zum ewigen Paradies verschafft.

Es sei hier nur am Rande erwähnt, dass der Selbstmord gebildeter islamistischer Extremisten aus gut situierten Verhältnissen nicht im Widerspruch zur sozialen und politischen Herkunft des Islamismus als Widerstandsbewegung der Deprivilierten steht. Der Kampf gegen die „Ungläubigen“ kann auch dann verinnerlicht werden, wenn man selbst keine Not leidet – entweder über den Weg einer religiös gebotenen Solidarisierung mit der Masse der unterdrückten Muslimen im gemeinsamen Haus des Islam oder aber durch eine religiös-psychologische Aufladung des vom Islamismus gegen den Westen und seine Helfershelfer aufgebauten Freund-Feind-Schemas. Es geht dann um die Politisierung von *Religion* bzw. von Spiritualität und nicht um eine säkulare Ideologie oder Idee (für die in der Geschichte allerdings auch genug Menschen den Freitod gewählt haben).

■ III.

■ **Der islamische Fundamentalismus ist eine Antwort auf materielle Armut, kulturelle Entfremdung, aber eben auch auf fehlende Demokratie in der islamischen Welt.**

Der islamische Fundamentalismus ist eine Antwort auf materielle Armut, kulturelle Entfremdung, aber eben auch auf fehlende Demokratie in der islamischen Welt. Dabei entwickelte er selbst keine demokratische Alternative, sondern – jedenfalls nach westlichem Verständnis – das genaue Gegenteil davon. Die scheinbar unversöhnliche Feindschaft zum Laizismus, also der strikten Trennung von religiöser und staatlicher Autorität, ist vor allem als Reaktion auf eine verfehlte Modernisierungspolitik der politischen Eliten nach der Dekolonisierung zu verstehen. Dass diese Feindschaft auch eine Gegnerschaft zum Westen impliziert, liegt aus mehreren Gründen auf der Hand: Es war der Westen, der die islamische Welt kolonisierte und demütigte; es war der Westen, der viele der postkolonialen Regime steuerte und sie – während des Kalten Kriegs – aus egoistischen Motiven geradezu zu Korruption und Unterdrückung ermunterte. Der Golfkrieg und jüngst die Intervention in Afghanistan haben das Argument der Islamisten bekräftigt, der Westen betreibe bis heute eine rück-

sichtslose Interessen- und Machtpolitik gegenüber der islamischen Welt und führe zudem einen schleichenden Feldzug gegen die religiösen und kulturellen Grundwerte der muslimischen Gemeinschaft. „Verwestlichung“ lautet das in diesem Zusammenhang immer wieder genannte Stichwort.

Diese Kritik des Islamismus am Laizismus und am Westen bedingt zwangsläufig auch die Ablehnung der Demokratie. Denn diese ist eine westliche Erfindung, mit der sich die Herrschaftseliten der postkolonialen islamischen Staaten oft genug schmückten, um ihre repressive Politik zu verschleiern. Außerdem wendet sich die Demokratie aus Sicht der Islamisten ganz offensichtlich gegen den Islam, weil sie die Religion aus dem politischen Leben der Menschen verbannt und damit die kulturelle Entfremdung der Muslime weiter beschleunigt. Um es anders zu formulieren: Der Islamismus glaubt nicht an die Demokratie, weil er – aus historischer Erfahrung – ein pessimistisches, oft genug sogar ein dämonisiertes Verständnis des Politischen bzw. des Staates entwickelt hat. Demnach führt jede politische Herrschaft, wenn sie sich allein auf eine weltliche Autorität stützt, nur zu Ungerechtigkeit, Zwang und Entwurzelung. Sie muss daher von der Religion gezähmt werden, es müssen die religiösen Normen sein, die politische Herrschaft begründen. So hat die schlichte Tatsache, dass Demokratie in der islamischen Welt nie richtig funktioniert, vielleicht am meisten zu ihrer Diskreditierung in den Reihen der Islamisten beigetragen. Sie ist Teufelszeug, das die Muslime von Gott entfernt.

Warum aber ist die Bilanz der Demokratie in der islamischen Welt so negativ? Woran lag es, dass die Herrschaftseliten des postkolonialen Nahen und Mittleren Ostens auf einen autoritären Nationalismus setzten, nicht aber auf eine entschlossene Demokratisierung ihrer Gesellschaften, um Entwicklung und Modernisierung zu erreichen? Lag dies am Ende nicht doch am Islam selbst, so dass jede oppositionelle Bewegung gar nicht anders kann, als für ein „islamisches Erwachen“, eine Art „islamischen Sozialismus“ zu kämpfen, der keinerlei Elemente der uns bekannten Demokratie enthält? Ist also in einer islamischen Gesellschaft islamischer Fundamentalismus die einzig vorstellbare Alternative zum autoritären Säkularismus?

■ **Der Islamismus glaubt nicht an die Demokratie, weil er ein pessimistisches, oft genug sogar ein dämonisiertes Verständnis des Politischen bzw. des Staates entwickelt hat. Demnach führt jede politische Herrschaft, wenn sie sich allein auf eine weltliche Autorität stützt, nur zu Ungerechtigkeit, Zwang und Entwurzelung.**

■ **Bisher hat es im Nahen und Mittleren Osten, der Kernregion des Islam, nur drei ernstgemeinte Versuche mit der Demokratie gegeben, die von nennenswerter Dauer waren: In Israel, im Libanon und in der Türkei.**

Bisher hat es im Nahen und Mittleren Osten, der Kernregion des Islam, nur drei ernstgemeinte Versuche mit der Demokratie gegeben, die von nennenswerter Dauer waren: In Israel, im Libanon und in der Türkei. Israel ist nicht-islamisch, der Libanon nur halb-islamisch und die Türkei zwar islamisch, aber mit einer langen Geschichte säkularer Orientierung und Verwestlichung ausgestattet. Alle anderen Staaten, Syrien und Jordanien in der Levante, Ägypten, Saudi-Arabien und die Golfstaaten, Iran und Irak wurden seit ihrer Unabhängigkeit weitgehend autoritär regiert – auch wenn es formaldemokratische Institutionen in vielen dieser Länder gibt und vor allem im Iran in den letzten Jahren ein beachtlicher Wandel zu mehr Demokratie beobachtet werden kann. Dasselbe gilt in grosso modo für die islamischen Staaten des nördlichen Afrikas, für die zentralasiatischen Nachfolgestaaten der UdSSR und für das westasiatische Afghanistan. In Pakistan fiel eine schwache Demokratie immer wieder einem Militärputsch zum Opfer und ist bis heute in einer prekären Verfassung. Allein in den südostasiatischen Staaten Indonesien und Malaysia hat die Demokratie tiefere Wurzeln geschlagen und hat der Islamismus bisher nur eine marginale Rolle gespielt.

Was waren nun die Gründe für die Erfolglosigkeit des demokratischen Gedankens in den meisten der genannten Staaten? Ein wesentlicher Faktor war sicherlich der Umstand, dass die Unabhängigkeit in der Regel nicht von einer Massen- oder Basisbewegung gegen die Kolonialmacht errungen wurde (wie z.B. in Indien), die sich das Ziel einer neuen demokratischen Gesellschaft gesetzt hätte. Vielmehr war die Unabhängigkeit das Ergebnis eines systematischen Dekolonisierungsprozesses nach dem 2. Weltkrieg, der meistens von den Kolonialmächten selbst initiiert, zumindest aber durch das Mandatssystem entscheidend mitgesteuert wurde. Wo sie sich durch eine sogenannte Revolution erfüllte, setzten sich Militärs oder alte Königsdynastien an die Spitze der neuen Staaten, die teilweise die Mandatsverwaltung getragen hatten, in jedem Fall aber als altetablierte Herrschaftseliten gelten mussten. Diese installierten zwar allenthalben islamische Republiken (Ägypten, Irak und Pakistan 1953; Sudan 1956; Tunesien 1956, der Jemen 1962, Libyen 1969 und Iran 1979), setzten Par-

lamente nach britischem oder französischem Vorbild ein und ließen Wahlen zu. Doch hatte dies am Ende mit wirklicher Demokratie ebenso wenig zu tun, wie die Gründung der auf viele Staaten des Mittleren Ostens ausstrahlenden sozialistischen Baath-Partei (gegr. 1953 in Syrien) das Problem der innergesellschaftlichen Gerechtigkeit auch nur annähernd löste. Faktisch war es ein autoritärer Republikanismus (im Zeichen des arabischen Sozialismus), der in der arabisch-islamischen Welt der fünfziger und sechziger Jahre bestimmend blieb. Die Demokratie hatte keinerlei gesellschaftliche Bodenhaftung und wurde auch gar nicht in dieser Richtung gefördert. Vielmehr missbrauchten die herrschenden Eliten die Begriffe „Demokratie“ und „demokratisch“ für eine rücksichtslose Macht- und Bereicherungspolitik, die das Gros der Bevölkerung in die ökonomische Verelendung trieb. Nur dort, wo es Erdöl gab, blieb den Menschen dieses Schicksal erspart. Politischen Einfluss gewannen sie aber trotzdem nicht.

Es war dieser repressive Hintergrund, vor dem der islamische Fundamentalismus seit den siebziger Jahren stark geworden ist. Er richtete sich nicht nur gegen die autoritären Regime, sondern aufgrund seines antidemokratischen Charakters und Programms natürlich auch gegen die liberale Opposition in den verschiedenen Staaten der Region. Wo heute demokratische Parteien zugelassen sind – z.B. in Ägypten, Jordanien, Algerien und Tunesien –, geraten sie zwischen die Mühlsteine der Islamisten und autoritären Säkularisten zugleich und werden zerrieben. Denn um die Islamisten zu besänftigen, die die liberalen Kräfte als abtrünnige Handlanger des Westens genauso radikal bekämpfen wie die jeweiligen Regierungen, setzen die herrschenden Regime die demokratische Opposition unter Druck oder nehmen sie gegen die Angriffe der Islamisten nicht in Schutz. Unter diesen Bedingungen kann sich nirgendwo eine substantielle demokratische Bewegung entfalten. Vielmehr besteht heute nahezu in der gesamten islamischen Welt eine unheilvolle Allianz zwischen den autoritären Machthabern und den Fundamentalisten, wenn es um die Ausschaltung der demokratischen Kräfte geht. Ziel ist immer die Verteidigung bzw. Erlangung von Macht, denn Liberale und Demokraten sind für beide Seiten gefährlich: Dem auto-

■ **Wo heute demokratische Parteien zugelassen sind – z.B. in Ägypten, Jordanien, Algerien und Tunesien –, geraten sie zwischen die Mühlsteine der Islamisten und autoritären Säkularisten zugleich und werden zerrieben.**

■ **Bisher ist die Demokratie in der islamischen Welt an den politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnissen gescheitert, nicht aber an der islamischen Religion.**

ritären Säkularismus bestreiten sie die Herrschaftslegitimation, dem Islamismus seinen umfassenden Wahrheitsanspruch.

So ist die Demokratie in der islamischen Welt bisher an den politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnissen gescheitert, nicht aber an der islamischen Religion. Die nachkolonialen Regime waren nicht in der Lage oder Willens, ihre Parlamente und Parteiensysteme so mit ihrem Nationalismus zu verbinden, dass die Bevölkerung an der politischen Willensbildung und gesellschaftlichen Ressourcenverteilung in ausreichendem Masse beteiligt wurde. Nur so hätte die Demokratie wirklich Wurzeln schlagen können. Stattdessen geriet die demokratische Idee durch das Verhalten der herrschenden Eliten, die freilich mit einer Fülle schwieriger Probleme konfrontiert waren (schnelles Bevölkerungswachstum; ökonomische Peripherisierung, soziale Armut und politische Apathie), in den Strudel der fundamentalistischen Attacke auf den Laizismus und die Welt der „Ungläubigen“.

So gesehen könnte die Demokratie aber durchaus auch in der islamischen Welt funktionieren – dann nämlich, wenn ihr eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung und gerechte politische Partizipationserweiterung den Boden bereitet und sich dies wiederum in substantielle Legitimitätszugewinne für die demokratische Ordnung übersetzt. Es besteht genügend Grund zu der Annahme, dass der islamische Fundamentalismus – jedenfalls in seiner politisch-totalitären Form – unter solchen Bedingungen keine Chance hätte. Damit soll der Blick kurz auf zwei islamische Staaten gelenkt werden, die bei der Verwirklichung einer funktionierenden Koexistenz von Islam und Demokratie – trotz aller unzweifelhaften Probleme – relativ weit gekommen sind.

■ IV.

Malaysia und Indonesien gelten allgemein als Beispiele für einen „gemäßigten Islam“, einen Islam also, dem eine fundamentalistische Radikalisierung aus kulturellen Gründen fremd ist. Diese Aussage ist zwar zu relativieren, denn vor allem in Indonesien gibt es heute gewaltbereite islamistische Gruppierungen. Allerdings haben sie bisher nur eine geringe politische Relevanz. In beiden Ländern scheinen jene

Merkmale der islamischen Zivilisation hervorzustechen, die allgemein als günstig für eine demokratische Entwicklung bezeichnet werden: Toleranz, soziale Mobilität und die Achtung vor dem Gesetz. So kannte der klassische Islam eine Vielfalt unterschiedlicher, sich teilweise widersprechender Schulen des heiligen Rechts, die alle als orthodox galten. In sozialer Hinsicht war er tendenziell egalitär; ein Denken in den Kategorien von Kasten oder aristokratischen Privilegien war ihm fremd. Abgesehen davon blieb der klassische Islam dem Vorrang des Gesetzes und der Unterordnung unter den Souverän verpflichtet, modern gewendet befürwortete er also Systemloyalität. All diese Merkmale – möglicherweise erweitert um den Aspekt der traditionellen südostasiatischen Harmonie- und Konsenskultur – haben sicherlich dazu beigetragen, den Aktionsspielraum für Islamisten erheblich einzuschränken. Gleichzeitig haben sie einen wichtigen Beitrag zum Überleben der demokratischen Institutionen und Verfahrensweisen geleistet, die in Malaysia und Indonesien nach der Unabhängigkeitswerdung eingeführt wurden und sich trotz vieler vergangener und aktueller Rückschläge bis heute gehalten haben.

Die konkreten Gründe für den relativen Erfolg dieser Koexistenz von Demokratie und islamischer Religion sind auf den ersten Blick nicht leicht erkennbar. Beide Staaten sind verfassungsrechtlich laizistisch, auch wenn es in Malaysia eine begrenzte Anwendung des islamischen Rechts gibt. Es gilt das Postulat der religiösen Toleranz. Malaysia wurde schrittweise von Großbritannien dekolonisiert. Es war ein der Unabhängigkeit vorausgehender Kompromiss der drei großen Bevölkerungsgruppen des Landes – Malaien, Chinesen und Inder –, der die Grundlage für ein Bekenntnis zur Demokratie als dem einzigen Modus für einen friedlichen Ausgleich zwischen den verschiedenen Ethnien bildete. Der Islam schied also letztlich aus Gründen der politischen Vernunft als Faktor für politische Mobilisierung aus, da anderenfalls der Bestand des malaysischen Staates gefährdet war. Dieser Elitenkonsens gilt auch heute noch, da im Zuge einer ernststen Legitimationskrise des Regimes Mahathir und wegen der von der Asienkrise verursachten Misere der malaysischen Wirtschaft islamistische Stimmen lauter geworden sind.

■ **Malaysia wurde schrittweise von Großbritannien dekolonisiert. Es war ein der Unabhängigkeit vorausgehender Kompromiss der drei großen Bevölkerungsgruppen des Landes – Malaien, Chinesen und Inder –, der die Grundlage für ein Bekenntnis zur Demokratie als dem einzigen Modus für einen friedlichen Ausgleich zwischen den verschiedenen Ethnien bildete.**

Die semi-demokratische Ordnung Malaysias scheint durch eine mehr als vier Jahrzehnte geübte Praxis hinreichend widerstandsfähig und stark zu sein, den islamischen Fundamentalismus unter Kontrolle zu halten. Er wird unter Bedingungen relativer politischer und wirtschaftlicher Stabilität auf absehbare Zeit keine Chance haben, sich zu einer ernsthaften politischen Kraft zu entwickeln.

Indonesien, das nach seiner Unabhängigkeit zunächst ein erfolgloses Experiment mit einer Mehrparteiendemokratie erlebte und dann, nach 1965, für über drei Jahrzehnte autoritär regiert wurde, befindet sich seit der politischen Wende 1998/99 wieder auf dem Weg der Demokratisierung. Diese findet jedoch unter enorm schwierigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen statt, da sich die neue Ordnung gegen zahlreiche Widerstände etablieren muss. Die ethnische Vielfalt des Landes, seine sozioökonomischen Disparitäten und mächtige Kräfte der Beharrung – allen voran Teile des Militärs – haben zu einer mancherorts chaotischen Situation geführt, in der auch neue islamistische Gruppen agitieren. Sie sind von weit größerer Schlagkraft als in Malaysia, zumal sich der indonesische Staat derzeit noch nicht in der Lage sieht, ihnen effizienten Widerstand entgegenzusetzen. Von gewaltsamen Ausschreitungen gegen Christen mit vielen Toten war in den vergangenen Monaten immer wieder zu lesen, auch von der Finanzierung indonesischer Extremisten durch das arabische Ausland. Dennoch ist der islamische Fundamentalismus in Indonesien bei genauerer Betrachtung schwach und dürfte im Fall einer erfolgreichen Konsolidierung der Demokratie auf eine marginale Größe in der politischen Landschaft reduziert werden. Denn auch in Indonesien besteht ein Mehrheitskonsens innerhalb der politischen Klasse, dass jede Form von Extremismus an den Grundfesten des Staatswesens rüttelt und die fragile ethnische und religiöse Balance der Gesellschaft zum Einsturz bringt.

■ **Der islamische Fundamentalismus in Indonesien ist bei genauerer Betrachtung schwach und dürfte im Fall einer erfolgreichen Konsolidierung der Demokratie auf eine marginale Größe in der politischen Landschaft reduziert werden.**

■ V.

Ähnlich wie der Blick auf die Geschichte des „Islamischen Erwachens“ zeigt auch die Skizzierung der Lage in Malaysia und Indonesien, dass die Demokratiefähigkeit des Islam letztlich vom Willen der politischen Eliten abhängt. Die Auslegung des Koran setzt

einem demokratischen Islam keinen Widerstand entgegen, wie die innerislamische Diskussion klar gezeigt hat. Die Tatsache, dass demokratische Experimente in der islamischen Welt häufig gescheitert sind und man auch in den Staaten, die heute mit demokratischen Strukturen ausgestattet sind, erhebliche Funktionsdefizite derselben konstatieren muss, hat viel mit dem Kolonialismus und seinen Folgen zu tun. Damit soll nicht gesagt sein, dass der Westen haftbar für das Versagen der Herrschaftseliten in den postkolonialen Staaten der islamischen Welt gemacht werden kann, Entwicklung und Freiheit zu fördern. Aber er trägt eine historische Mitschuld, die bis in den Kalten Krieg und in die unmittelbare Gegenwart hineinreicht – man braucht dabei nur an die Interessenpolitik des Westens in der Golfregion und in Zentralasien zu denken. Aus Schuld erwächst Verantwortung und es ist daher die Verantwortung des Westens, mehr zur wirtschaftlichen Entwicklung und Demokratisierung in der islamischen Welt beizutragen – nicht durch eine patriarchalische Konditionalisierung der Entwicklungshilfe, sondern durch faire Kooperation und durchaus auch mit dem notwendigen Druck auf jene Regime, die mit dem Islamismus gemeinsame Sache gegen die liberalen Kräfte in ihren Staaten machen.

Es ist falsch, den Islam als Hindernis für mehr Demokratie im Mittleren Osten, Nordafrika oder West- und Südasien auszumachen. Richtig ist und bleibt, dass die größten Gegner der Demokratie Unterentwicklung und gewaltsame politische Entrechtung sind. Der Islam bietet in seiner reichhaltigen Tradition genügend Ansatzpunkte für eine Vereinbarkeit mit der Demokratie, auch wenn er nie den Gedanken einer politischen Gewaltenteilung oder repräsentativen Regierung systematisch entwickelt hat. Er bietet allerdings ebenso viele Ansatzpunkte für eine dogmatische Engführung seiner Lehre, die auf der politischen Ebene geradewegs in den Totalitarismus führt. Wenn es nicht gelingt, die Staaten der islamischen Welt darin zu unterstützen, dem Fundamentalismus durch eine entschlossene Entwicklungspolitik und durch die Demokratisierung ihrer politischen Systeme seinen sozialen Nährboden zu entziehen, wird er unter den Bedingungen einer fortschreitenden Globalisierung und dem von dieser ausgehenden Modernisierungsdruck noch stärker werden. Dies hat

■ Es ist falsch, den Islam als Hindernis für mehr Demokratie im Mittleren Osten, Nordafrika oder West- und Südasien auszumachen. Richtig ist und bleibt, dass die größten Gegner der Demokratie Unterentwicklung und gewaltsame politische Entrechtung sind.

– es sei noch einmal unterstrichen – nichts mit der im Islam angeblich fehlenden Trennlinie zwischen Religion und Politik zu tun. Diese Trennlinie kann durchaus respektiert werden – genauso wie der Islamismus zu einer Quelle kultureller Identität und moralischer Integrität der Muslime transformiert werden kann, ohne sich antiwestlich, antidemokratisch und gewaltbereit zu gebärden.